

Az.: 67/3-566.0021/16/1.6.2
0009528

Immissionsschutzrechtlicher Genehmigungsbescheid

gemäß § 4 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG)
vom **29.03.2023**

für die Firma

Alpha Neuer Wind GmbH
Maximilianstraße 47
80538 München

zur

**Errichtung und zum Betrieb einer Windenergiean-
lage (WEA) in 48628 Greven auf dem Grundstück
Gemarkung Greven, Flur 27, Flurstück 44**

Gliederung

	Seite
I Tenor	2
II Antragsunterlagen.....	3
III Daten der Anlage	5
IV Nebenbestimmungen.....	5
1 Allgemeines.....	5
2 Baurecht.....	6
3 Immissionsschutzrecht.....	8
4 Naturschutzrecht.....	15
5 Abfallwirtschafts- und Bodenschutzrecht.....	20
6 Wasserrecht.....	21
7 Ziviles und militärisches Luftfahrtrecht.....	22
8 Arbeitsschutzrecht.....	26
V Hinweise.....	26
1 Baurecht.....	26
2 Immissionsschutzrecht.....	27
3 Naturschutzrecht.....	28
4 Abfallwirtschafts- und Bodenschutzrecht.....	29
5 Wasserrecht.....	30
6 Forstrecht.....	31
VI Begründung	31
VII Kostenentscheidung	38
VIII Rechtmittelbelehrung	38

I

Tenor

Hiermit wird der Firma Alpha Neuer Wind GmbH, Maximilianstraße 47, 80538 München gemäß §§ 4 i.V.m. § 10 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) sowie i.V.m. § 1 und der Nr. 1.6.2 des Anhangs 1 der Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen (4. BImSchV) die Genehmigung zur Errichtung und zum Betrieb einer Windenergieanlage (WEA) des Typs Vestas V162-5.6 MW mit einer Nabenhöhe von 148 m, einem Rotordurchmesser von 162 m und einer elektrischen Nennleistung von 5,6 MW erteilt.

Die Windenergieanlage darf auf dem Grundstück in 48286 Greven, Gemarkung Greven, Flur 27, Flurstück 44 errichtet und betrieben werden, wobei dieser Genehmigungsbescheid unter folgender aufschiebender Bedingung ergeht:

Die hiermit genehmigte Windenergieanlage darf nur dann in Betrieb genommen werden, wenn der Betrieb der Windenergieanlagen mit den Bezeichnungen WEA 2 (V67532) und WEA 4 (V67534) auf den Grundstücken Gemarkung Greven, Flur 27, Flurstück 53 und Gemarkung Greven, Flur 27, Flurstück 44 dauerhaft und unwiderruflich eingestellt worden ist (Antragsunterlage Nr. 36). Die Erfüllung dieser Bedingung ist im Rahmen der Inbetriebnahmeanzeige gegenüber der Unteren Immissionsschutzbehörde des Kreises Steinfurt nachzuweisen. Die Regelung der Nebenbestimmung IV 3.1 dieses Genehmigungsbescheides (Nachweise zwecks Aufnahme des Nachtbetriebes) bleibt unberührt.

Die gemäß § 14 Abs. 1 des Luftverkehrsgesetzes (LuftVG) erforderliche Zustimmung der Bezirksregierung Münster wurde mit Schreiben vom 22.11.2021; Az.: 26.01.01.07 Nr. 165-21 erteilt.

Die WEA ist entsprechend den geprüften, mit Anlagestempel gekennzeichneten Antragsunterlagen zu errichten und zu betreiben, soweit in den nachfolgenden Nebenbestimmungen nichts anderes bestimmt ist.

Die Antragsunterlagen sind Bestandteil dieser Genehmigung.

II

Antragsunterlagen

1. Formulare 1 bis 8.5	12 Blatt
2. Bauantrag und technische Zeichnungen der WEA	4 Blatt
3. Nutzungsvertrag vom 05.06.2020	3 Blatt
4. Projektbeschreibung	5 Blatt
5. Allgemeine Angaben zur Vestas V162	6 Blatt
6. Allgemeine Beschreibung EnVentus™ 5 MW	20 Blatt
7. Prinzipieller Aufbau und Energiefluss der 4 MW und 5 MW-Plattform	2 Blatt
8. Rotorblatttiefen an Vestas WEA	2 Blatt
9. Errichtung einer Flachgründung	13 Blatt
10. Anforderungen an Transportwege und Kranstellflächen	14 Blatt
11. Tages- und Nachtkennzeichnung von Vestas WEA in Deutschland	15 Blatt
12. Vestas Schattenwurf-Abschaltsystem	2 Blatt
13. Allgemeine Spezifikation Gefahrenfeuer, Sichtweitensensor, ORGA	3 Blatt
14. Allgemeine Informationen über die Umweltverträglichkeit von Vestas WEA	6 Blatt
15. Eigenverbrauch von Vestas WEA	1 Blatt
16. Leistungsspezifikationen Vestas V162-5.6 MW	8 Blatt
17. Allgemeine Spezifikation Vestas Eiserkennungssystem	13 Blatt
18. Blitzschutz und elektromagnetische Verträglichkeit	5 Blatt
19. Angaben zur Anwendung der 12. BImSchV	1 Blatt
20. Allgemeine Angaben zum Arbeitsschutz und Angaben zur Aufzugsanlage	9 Blatt
21. Allgemeine Beschreibung zum Brandschutz	4 Blatt
22. Angaben zur Notbeleuchtung an Vestas WEA	1 Blatt
23. Betriebsanleitung Elektrokettenzüge	10 Blatt
24. Vestas-Erdungssystem	3 Blatt
25. Angaben zum Abfallanfall	5 Blatt
26. Angaben zu wassergefährdenden Stoffen	4 Blatt
27. Umgang mit wassergefährdenden Stoffen	7 Blatt
28. Sicherheitsdatenblätter	68 Blatt
29. Datenblatt Luftfahrthinderniss	1 Blatt
30. Nachweis der Herstell-, Rohbau- und Rückbaukosten	3 Blatt
31. Übersichtskarten	2 Blatt

32. Karte Kran- und Montageflächen (M: 1:1.000)	1 Blatt
33. Lageplan (M: 1:500)	1 Blatt
34. Topografische Karte (M: 1:25.000)	1 Blatt
35. Flurkarte (M: 1:10.000)	1 Blatt
36. Einverständniserklärung bzgl. des Rückbaus der WEA 2 und der WEA 4	1 Blatt
37. Nichttechnische Zusammenfassung (Stand: 09.11.2022)	3 Blatt
38. Landschaftspflegerischer Begleitplan (Stand: 09.11.2022)	35 Blatt
39. Ersatzgeldermittlung für den Eingriff in das Landschaftsbild	9 Blatt
40. Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag (Stand: 08.11.2022)	76 Blatt
41. UVP-Bericht (Stand: 09.11.2022)	34 Blatt
42. Naturschutzfachliche Maßnahmenblätter	11 Blatt
43. Maßnahmen-Konzept für Rohrweihen	12 Blatt
44. Gutachten zur Standorteignung für den Windpark Mestheide	16 Blatt
45. Schattenwurfprognose vom 21.07.2020	79 Blatt
46. Ergänzung zur Schattenwurfprognose vom 27.01.2022	4 Blatt
47. Schallimmissionsprognose vom 08.12.2022	173 Blatt
48. Ergänzung zur Schallimmissionsprognose	13 Blatt
49. Gutachten zur Beurteilung möglicher optisch bedrängender Wirkungen	16 Blatt
50. Baugrunduntersuchung	15 Blatt
51. Brandschutzkonzept	7 Blatt
52. Ergänzende Angaben zum Brandschutz und Zuwegungsplan zur K 13	2 Blatt

III

Daten der Anlage

Windenergieanlage des Typs Vestas V162-5.6 MW mit nachfolgenden Anlage- und Standortdaten (Koordinatenbezugssystem UTM-WGS 84):

WEA Nr.	Nennleistung	Nabenhöhe	Rotordurchmesser	Rechtswert	Hochwert
WEA 1	5,6 MW	148 m	162 m	402486	5769809

IV

Nebenbestimmungen

1 Allgemeines

- 1.1 Diese Genehmigung erlischt, wenn nicht innerhalb von 3 Jahren nach Bestandskraft der Genehmigung mit dem Betrieb der mit diesem Bescheid genehmigten Anlage begonnen worden ist.
- 1.2 Die Inbetriebnahme der Anlage ist spätestens zwei Wochen vorher dem Umweltamt des Kreises Steinfurt - Untere Immissionsschutzbehörde - unter Verwendung des als Anlage beigefügten Formulars schriftlich mitzuteilen. Das Formular ist auch auf der Homepage des Kreises Steinfurt unter Kreisverwaltung / Ämter / Umweltamt / Luft, Lärm und Immissionen / Formulare - Vordrucke - Merkblätter aufrufbar.
- 1.3 Ein Wechsel des Anlagenbetreibers ist dem Umweltamt des Kreises Steinfurt - Untere Immissionsschutzbehörde - unverzüglich schriftlich mitzuteilen.
- 1.4 Der Beginn der Errichtungsmaßnahmen ist der Kreispolizeibehörde Steinfurt, Direktion Verkehr über das Funktionspostfach DirektionV.Steinfurt@polizei.nrw.de mindestens zwei Wochen vorher schriftlich anzuzeigen.

Ferner ist der Kreispolizeibehörde Steinfurt, Direktion Verkehr mindestens zwei Wochen vor Beginn der Errichtungsmaßnahmen der Projektleiter des Anlagenherstellers nebst Erreichbarkeiten als Ansprechpartner schriftlich zu benennen, so dass die Durchführung der Schwerlasttransporte koordiniert werden kann.

1.5 Spätestens vier Wochen nach Inbetriebnahme der WEA sind der Unteren Immissionsschutzbehörde des Kreises Steinfurt folgende Unterlagen vorzulegen:

- Herstellerbescheinigungen über die technischen Daten der WEA, in denen bestätigt wird, dass die errichtete WEA mit der den Antragsunterlagen zu Grunde liegenden Anlagenspezifikationen übereinstimmen,
- Herstellerbescheinigung über die schalltechnisch relevanten Daten der WEA entsprechend den Vorgaben des Anhangs der FGW-Richtlinie,
- Herstellerbescheinigung über die Nachtabstimmung entsprechend der Nebenbestimmung IV 3.1,
- Herstellerbescheinigung über die Einstellung des Betriebsmodus entsprechend der Nebenbestimmung IV 3.1,
- Mitteilung über die Betriebsorganisation gemäß § 52b BImSchG (Formular siehe Anlage Nr.2 – Auch dies Formular ist auf der Homepage des Kreises Steinfurt aufrufbar.)

1.6 Ist bei der Durchführung der Baumaßnahme der Erdaushub außergewöhnlich vergrößert oder werden verdächtige Gegenstände beobachtet, sind die Arbeiten sofort einzustellen und es ist unverzüglich der Kampfmittelbeseitigungsdienst Westfalen-Lippe durch die örtlichen Ordnungsbehörden oder die Polizei zu verständigen.

2 Baurecht

2.1 Mit der Errichtung der Windenergieanlage darf nur begonnen werden, wenn dem Umweltamt des Kreises Steinfurt für die Sicherung des Rückbaus des kompletten Fundamentes und der Gesamtanlage nach § 35 Abs. 5 Baugesetzbuch (BauGB) eine Sicherheitsleistung in Form einer selbstschuldnerischen Bürgschaft einer deutschen Großbank oder öffentlichen Sparkasse oder einem vergleichbaren Institut vorgelegt wird. In der Bürgschaft ist sicherzustellen, dass die bürgende Bank den Bürgschaftsbetrag auf erstes Anfordern an den Kreis Steinfurt zahlt und auf die Einreden der Anrechnung, der Aufrechnung und der Vorklage verzichtet (§§ 770, 771 Bürgerliches Gesetzbuch - BGB -).

Die Höhe der Sicherheitsleistung beträgt 221.000 Euro.

- 2.2 Mit den Bauarbeiten darf erst dann begonnen werden, wenn die Grundrissfläche und Höhenlage des Bauvorhabens von einem öffentlich bestellten Vermessungsingenieur oder dem Vermessungs- und Katasteramt abgesteckt sind (§ 74 Abs. 8 BauO NRW). Der Nachweis über die Einhaltung der genehmigten Grundrissfläche und Höhenlage (§ 83 Abs. 3 BauO NRW) ist durch Vorlage einer schriftlichen Erklärung des Bauleiters vor Baubeginn zu führen und der Baubeginnanzeige beizufügen.
- 2.3 Die Nachweise über die Standsicherheit einschließlich des statisch-konstruktiven Brandschutzes sind spätestens bei Baubeginn bei der Unteren Bauaufsichtsbehörde der Stadt Greven einzureichen. Diese Nachweise müssen von einem staatlich anerkannten Sachverständigen für die Prüfung der Standsicherheit geprüft sein (§ 68 Abs. 1 Nr. 2 BauO NRW). Die zugehörige Prüfbescheinigung (§ 72 Abs. 6 BauO NRW) ist beizufügen.

Mit der Durchführung von stichprobenhaften Kontrollen bei der Bauausführung sind staatlich anerkannte Sachverständige gemäß § 87 Abs. 2 Satz 1 Nr. 4 BauO NRW zu beauftragen. Die schriftliche Erklärung des Sachverständigen über die Beauftragung zur stichprobenhaften Kontrolle der Bauausführung ist bei der Unteren Bauaufsichtsbehörde der Stadt Greven einzureichen.

- 2.4 Mit der Anzeige über die abschließende Fertigstellung ist eine Bescheinigung des beauftragten staatlich anerkannten Sachverständigen zur Standsicherheit einzureichen. Hieraus muss hervorgehen, dass die beauftragten Sachverständigen sich durch stichprobenhafte Kontrollen während der Bauausführung davon überzeugt haben, dass die Anlage entsprechend den erstellten Nachweisen errichtet worden ist.
- 2.5 Die Windenergieanlage ist mit gutachterlich geprüften, automatisch wirkenden Einrichtungen auszurüsten, durch die der Betrieb bei Eisansatz sicher ausgeschlossen werden kann. Die gutachterliche Prüfung hat sich insbesondere auf die Funktionssicherheit der Einrichtungen zu erstrecken. Zusätzlich sind Hinweisschilder anzubringen, die auf die verbleibende Gefährdung durch Eisabfall bei Rotorstillstand oder Trudelbetrieb aufmerksam machen.

3 Immissionsschutzrecht

- 3.1 Die Windenergieanlage (WEA) ist so lange während der Nachtzeit von 22:00 Uhr bis 06:00 Uhr außer Betrieb zu setzen, bis das Schallverhalten der WEA durch FGW-konforme Vermessungen an der genehmigten WEA selbst oder anderen Windenergieanlagen gleichen Typs und gleicher Betriebsweise die in den nachfolgenden Nebenbestimmungen zum Immissionsschutz festgelegten Lärmbegrenzungen nachweislich einhält.

Der Nachtbetrieb darf erst dann nach schriftlicher Zustimmung durch die Untere Immissionsschutzbehörde des Kreises Steinfurt aufgenommen werden, wenn messtechnisch nachgewiesen wird, dass das Schallverhalten der von der Genehmigung umfassten WEA das rechtlich zulässige Maß nicht überschreitet.

Für den Nachtbetrieb gilt Folgendes:

Während der Nachtzeit (22:00 Uhr bis 06:00 Uhr) ist die WEA im Betriebsmodus PO5600 zu betreiben.

Der Betriebsmodus PO5600 entspricht einer maximalen Nennleistung von 5.600 kW und einer maximalen Rotordrehzahl von 9,3 U/min.

Dieser Betriebsmodus gemäß dem Herstellerdatenblatt der Firma Vestas „Eingangsgroßen für Schallimmissionsprognosen Vestas V162-5.6/6.0/6.2 MW 0079-9518.V09“ vom 03.12.2021 ist in der Steuerung der WEA fest vorzugeben. Eine entsprechende Bestätigung vom Hersteller hat der Anlagenbetreiber der Unteren Immissionsschutzbehörde des Kreises Steinfurt vor Aufnahme des Nachtbetriebs vorzulegen.

- 3.2 Bei der Nachweisführung sind folgende Kenngrößen gemäß dem Herstellerdatenblatt der Firma Vestas „Eingangsgroßen für Schallimmissionsprognosen Vestas V162-5.6/6.0/6.2 MW 0079-9518.V09“ vom 03.12.2021 und der Schallimmissionsprognose des Büros Jetstream Bosse vom Dezember 2022 (Antragsunterlage Nr. 47 zu diesem Genehmigungsbescheid) zu beachten:

Oktavspektrum im Betriebsmodus PO5600

[Informativ: Schallleistungspegel $L_w = 104,0 \text{ dB(A)}$]:

f [Hz]	63	125	250	500	1000	2000	4000	8000
$L_{w,Okt,Hersteller} [\text{dB(A)}]$	84,8	92,5	97,3	99,2	98,0	93,9	86,8	76,7

$L_{w,Okt,Hersteller}$ = vom Hersteller deklarierter Schallleistungspegel in der jeweiligen Oktave

σ_R = 0,5 dB (Ungenauigkeit der Schallemissionsvermessung der WEA)

σ_P = 1,2 dB (Ungenauigkeit durch die Serienstreuung)

σ_{Prog} = 1,0 dB (Unsicherheit des Prognosemodells)

L_w = Summenschallleistungspegel im Betriebsmodus

3.3 Nachweisführung bzgl. der zulässigen Geräusche zur Aufnahme des Nachtbetriebs

3.3.1 Bei der Vermessung der Emissionspegel ist der Windgeschwindigkeitsbereich und der Rotordrehzahlbereich zu erfassen, in dem die WEA im Nachtbetrieb die höchsten Geräuschemissionen verursacht.

Die Emissionsmessungen sind nach den Mess- und Auswertevorschriften der FGW-Richtlinie vorzunehmen. Die Vermessungen dürfen nur durch einen nach § 29b BImSchG für Geräuschemissionen anerkannten Sachverständigen durchgeführt werden. Es dürfen keine Sachverständigen für die Geräuschemissionen beauftragt werden, die bei der Planung bereits tätig geworden sind.

Der Messtermin ist der Unteren Immissionsschutzbehörde des Kreises Steinfurt zuvor mitzuteilen.

Bei Vorlage von Messberichten aus Typvermessungen anderer WEA werden die Messberichte nur bei Einhaltung vorgenannter Regelungen akzeptiert.

3.3.2 Emissionsseitiger Nachweis zur Aufnahme des Nachtbetriebs

Der Nachweis des genehmigungskonformen Betriebs ist erbracht, wenn in der genehmigten Betriebsweise die gemessenen Oktavschallleistungspegel der pessimalsten Oktavspektren $L_{W,Okt,Messung}$ der genehmigten WEA selbst oder einer typvermessenen WEA die in der Nebenbestimmung IV Nr. 3.2 aufgeführten Werte $L_{W,Okt,Hersteller}$ in allen Oktaven nicht überschreiten.

Halten die so ermittelten Oktavschallleistungspegel $L_{W,Okt,Messung}$ nicht die jeweils festgelegten Werte $L_{W,Okt,Hersteller}$ ein, ist ein immissionsseitiger Vergleich mit den pessimalsten Oktavschallleistungspegeln durchzuführen.

3.3.3 Nachweis bei Vermessungen der genehmigten WEA

Der Nachweis des genehmigungskonformen Betriebs ist auch erbracht, wenn nachgewiesen wurde, dass die Immissionsanteile der gemessenen pessimalsten Oktavschallleistungspegel der genehmigten WEA zuzüglich des 90%igen-Vertrauensbereichs der Gesamtunsicherheit aus der Vermessung und des Prognosemodells nicht größer sind als die Immissionsanteile $L_{AT} + \sigma_G \times 1,28$ laut der Schallimmissionsprognose des Büros Jetstream Bosse.

Hierzu ist mit demselben Schallausbreitungsmodell, welches der Genehmigung zugrunde liegt, eine erneute Ausbreitungsberechnung durchzuführen. Bei der Qualität der Prognose bemisst sich die Unsicherheit der Schallemissionsvermessung nach dem Vermessungsbericht der Messstelle. Die Unsicherheit der Serienstreuung entfällt. Alle weiteren Eingangsdaten sind aus der Schallimmissionsermittlung des Büros Jetstream Bosse (Antragsunterlage Nr. 47) zu übernehmen.

3.3.4 Nachweis bei Typvermessung

Der Nachweis des genehmigungskonformen Betriebs ist alternativ auch erbracht, wenn nachgewiesen wurde, dass die Immissionsanteile der gemessenen pessimalsten Oktavschallleistungspegel der typvermessenen WEA mit der gleichen Betriebsweise der genehmigten WEA zuzüglich des 90%igen-Vertrauensbereichs der Gesamtunsicherheit aus der Vermessung, der Serienstreuung und des Prognosemodells nicht größer sind als die Immissionsanteile $L_{AT} + \sigma_G \times 1,28$ laut der Schallimmissionsprognose des Büros Jetstream Bosse.

Hierzu ist mit demselben Schallausbreitungsmodell, welches der Genehmigung zugrunde liegt, eine erneute Ausbreitungsberechnung durchzuführen. Bei der Qualität der Prognose bemisst sich die Unsicherheit der Schallemissionsvermessung nach dem Vermessungsbericht der Messstelle. Alle weiteren Eingangsdaten sind aus der Schallimmissionsermittlung des Büros Jetstream Bosse (Antragsunterlage Nr. 47) zu übernehmen.

3.4 Abnahmemessung

Ist der Nachweis des genehmigungskonformen Betriebs durch die Nachweisführung mittels Vermessung der genehmigten WEA entsprechend vorgenannter Nebenbestimmung erbracht, ist nachfolgende Regelung gegenstandslos.

Ansonsten gilt Folgendes:

Spätestens ein Jahr nach Inbetriebnahme der WEA ist durch einen nach § 29b BImSchG für Geräuschmessungen anerkannten Sachverständigen eine Abnahmemessung durchzuführen. Die Auftragsvergabe hat spätestens einen Monat nach Inbetriebnahme zu erfolgen. Die Durchschrift des Auftrags ist der Unteren Immissionsschutzbehörde des Kreises Steinfurt vorzulegen. Bevor die Messung durchgeführt wird, ist das Messkonzept mit der Unteren Immissionsschutzbehörde des Kreises Steinfurt abzustimmen.

Im Rahmen der messtechnischen Überprüfung ist der Windgeschwindigkeitsbereich und der Rotordrehzahlbereich zu erfassen, in dem die WEA die höchsten Geräuschemissionen verursacht.

Emissionsmessungen sind nach den Mess- und Auswertevorschriften der FGW-Richtlinie vorzunehmen. Immissionsmessungen sind während der Nachtzeit (22.00 Uhr bis 06.00 Uhr) durchzuführen. Die Messstelle ist zu beauftragen, den Messbericht der Unteren Immissionsschutzbehörde des Kreises Steinfurt unverzüglich zu übersenden.

Der Nachweis des genehmigungskonformen Betriebs ist entsprechend Nebenbestimmung IV 3.3.3 bei Emissionsmessungen oder entsprechend nachfolgender Nebenbestimmung bei Immissionsmessungen zu erbringen.

Es dürfen keine Sachverständigen für die Geräuschmessungen beauftragt werden, die bei der Planung bereits tätig geworden sind.

- 3.5 Die von der Genehmigung erfasste WEA ist schalltechnisch so zu errichten und zu betreiben, dass die von dieser Anlage einschließlich aller Nebeneinrichtungen verursachten Geräuschimmissionen im Einwirkungsbereich dieser genehmigten WEA an den in der Schallimmissionsermittlung des Büros Jetstream Bosse vom Dezember 2022 (Antragsunterlage Nr. 47) genannten Immissionsorten „IP D“ und „IP AR“ folgende Werte nicht überschreiten:

IP D (Hanseller Str.190 in Greven)

bei Nacht: 41,1 dB(A)

IP AR (Am Max-Klemens-Kanal 33 in Greven)

bei Nacht: 37,5 dB(A)

gemessen und bewertet gemäß der TA Lärm vom 26.08.1998. Als Nachtzeit gilt die Zeit von 22:00 bis 06:00 Uhr.

- 3.6 Wird durch die unter der Nebenbestimmung IV 3.4 geforderten Abnahmemessung festgestellt, dass der Betrieb der WEA nicht die in der vorgenannten Nebenbestimmung festgelegten Lärmbegrenzungen einhält, ist die WEA soweit in Ihrer Betriebsweise zu reduzieren, dass die unter der Nebenbestimmung IV 3.3.3 festgelegten Immissionswerte unter Berücksichtigung des 90%igen Vertrauensbereichs eingehalten werden.
- 3.7 Die WEA ist so auszurüsten und zu betreiben, dass durch den Betrieb keine tonhaltigen Geräusche im Sinne des Abschnitts A.2.5.2 des Anhangs der TA Lärm vom 26.08.1998 verursacht werden, für die nach der Nr. 5.2.1.1 des Windenergie-Erlasses NRW ein Tonzuschlag $K_T = 3 \text{ dB}$ oder $K_T = 6 \text{ dB}$ zu vergeben ist.
- 3.8 Wird durch die unter der Nebenbestimmung IV. 3.4 geforderte Abnahmemessung festgestellt, dass beim Betrieb der WEA tonhaltige Geräusche im Sinne der obigen Nebenbestimmung auftreten, ist die WEA umgehend nachts so lange außer Betrieb zu nehmen, bis der messtechnische Nachweis vorliegt, dass die WEA keine Tonhaltigkeit mehr aufweist.

- 3.9 Die WEA ist so auszurüsten und zu betreiben, dass durch den Betrieb keine tiefrequenten Geräusche im Sinne der Nr. 7.3 und des Anhangs A.1.5 der TA Lärm vom 26.08.1998 i.V.m. der DIN 45680 ($L_{Aeq} - L_{Ceq} > 20 \text{ dB}$) an den maßgeblichen Immissionsorten hervorgerufen werden.
- 3.10 Werden die Anhaltswerte für schädliche Umwelteinwirkungen durch tieffrequente Geräusche nach dem Beiblatt 1 zu DIN 45680 überschritten, ist die WEA umgehend so lange außer Betrieb zu nehmen, bis der messtechnische Nachweis vorliegt, dass an den maßgeblichen Immissionsorten keine schädlichen Umwelteinwirkungen durch tieffrequente Geräusche mehr hervorgerufen werden und der Betrieb durch die Untere Immissionsschutzbehörde des Kreises Steinfurt wieder freigegeben wurde.
- 3.11 Sollten die tieffrequenten Geräusche nachweislich nur bei bestimmten Betriebsweisen auftreten, beschränkt sich die v.g. Regelung nur auf die Betriebsweisen in denen die tieffrequenten Geräusche auftreten.
- 3.12 Für die WEA ist der eingestellte Betriebszustand automatisch zu dokumentieren. Aus den Protokollen müssen folgende Parameter, jeweils im 10-min-Mittel, hervorgehen: Datum, Uhrzeit, Windgeschwindigkeit, Rotordrehzahl und Leistung in kW. Die Protokolle sind rückwirkend für einen Zeitraum von mindestens fünf Jahre aufzubewahren. Sie sind auf Anforderung der Unteren Immissionsschutzbehörde des Kreises Steinfurt vorzulegen. Alternativ können sie online zur Einsicht zur Verfügung gestellt werden.
- 3.13 Die Funktion der Serrated Trailing Edge / Serrations (STE) an den Rotorblättern der WEA ist über die gesamte Betriebsdauer der WEA zu erhalten. Dieses ist gegenüber der Unteren Immissionsschutzbehörde des Kreises Steinfurt auf Nachfrage zu belegen (z. B. Wartungsprotokolle).
- 3.14 Die WEA darf an den im Beschattungsbereich nach der Schattenwurfkarte in der Schattenwurfprognose des Büros Jetstream Bosse (Antragsunterlage Nr. 45) gelegenen schützenswerten Immissionsorten keinen Schattenwurf verursachen der in Summe mit anderen WEA die tatsächliche reale Beschattungsdauer von 8 Stunden pro Jahr und 30 Minuten pro Tag am jeweiligen Immissionsort überschreitet.

Dazu ist die WEA mit einer Schattenabschaltautomatik auszurüsten und zu betreiben, die die WEA bei unzulässigem Schattenwurf oberhalb der o. g. Werte außer Betrieb setzt. Bei Bewölkungssituationen mit schnellem Licht/Schatten-Wechsel sind kurzzeitige WEA-Abschaltungen nach dem Stand der Technik zu vermeiden. Dies wird dadurch erreicht, dass eine Reaktionszeit von maximal 3 bis 5 Minuten benötigt wird, bis es zur Schattenabschaltung kommt.

Zur Programmierung der Schattenabschaltautomatik müssen der Standort der WEA und die Vorbelastung durch bestehende WEA sowie die zu schützenden schattenbeaufschlagten Flächen an den Immissionsorten genau ermittelt werden.

Erläuterungen:

Maßgebliche Immissionsorte sind schutzwürdige Räume, die als Wohnräume dienen, einschließlich Wohndielen und Schlafräume. Ferner: Unterrichtsräume in Schulen, Hochschulen und ähnlichen Einrichtungen, Büroräume, Praxisräume, Schulungsräume und ähnlich genutzte Arbeitsräume. Direkt an Gebäuden beginnende Außenflächen (z. B. Terrassen, Balkone) sind schutzwürdigen Räumen tagsüber zwischen 06.00 Uhr und 22.00 Uhr gleichgestellt. Periodischer Schattenwurf ist die wiederkehrende Verschattung des direkten Sonnenlichts durch die Rotorblätter der WEA. Vom menschlichen Auge werden Helligkeitsunterschiede größer 2,5 % wahrgenommen. Beträgt die Bestrahlungsstärke der direkten Sonnenstrahlung auf der zur Einfallrichtung normalen Ebene mehr als 120 W/m^2 , so ist Sonnenschein mit Schattenwurf anzunehmen.

- 3.15 Die ermittelten Daten zu den Abschalt- und Beschattungszeiträumen sind von der Schattenabschaltautomatik für jeden Immissionsort zu dokumentieren.

Das Protokoll hierüber ist in Form einer monatlichen Übersicht unter Angabe von Tag und Uhrzeit für die ersten 6 Monate nach Inbetriebnahme zu erstellen und unaufgefordert der Unteren Immissionsschutzbehörde des Kreis Steinfurt vorzulegen. Danach sind die Protokolle auf Anforderung vorzulegen.

4 Naturschutzrecht

4.1 Ersatzgeld für den Eingriff in das Landschaftsbild

Mit der Baumaßnahme darf erst dann begonnen werden, wenn das im Landschaftspflegerischen Begleitplan zum Ausgleich der Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes ermittelte Ersatzgeld in Höhe von **40.195 €** auf das Konto des Kreises bei der Kreissparkasse Steinfurt, IBAN: DE06 4035 1060 0000 0003 31, BIC: WE-LADED1STF oder bei der VR-Bank Kreis Steinfurt eG, IBAN: DE 74 4036 1906 4340 3002 00, BIC: GENODEM1IBB, unter Angabe des Kassenzzeichens **0364000095** überwiesen wurde.

4.2 Sicherheitsleistungen

Mit der Baumaßnahme darf erst dann begonnen werden, wenn für die zu pflegende Ersatzmaßnahme Gemarkung Nienberge, Flur 28, Flurstücke 56, 70 und 71 je teilweise (siehe Antragsunterlage „Maßnahmenblatt Naturschutzmaßnahme WP Mestheide Grünland“) eine Sicherheitsleistung in Höhe von **25.000,- €** in Form einer selbstschuldnerischen Bürgschaft einer europäischen Großbank oder öffentlichen Sparkasse zu Gunsten des Kreises Steinfurt beigebracht wurde. In der Bürgschaft ist sicherzustellen, dass die bürgende Bank den Bürgschaftsbetrag auf erstes Anfordern an die untere Naturschutzbehörde des Kreises Steinfurt (UNB) zahlt und auf die Einreden der Anrechnung, der Aufrechnung und der Vorklage verzichtet (§§ 770, 771 BGB).

Die Sicherheitsleistung wird bei Nachweis der vollständig durchgeführten Kompensationsmaßnahme wieder freigegeben. Eine teilweise Rückgabe nach jährlich erfolgter Pflege ist in Abstimmung mit der UNB möglich. Hierzu ist ein entsprechend positives, gemeinsames Abnahmeprotokoll bei der UNB zu beantragen und bei der Genehmigungsbehörde einzureichen.

4.3 Baulasteintragungen

Die in der Eingriffs-Ausgleichs-Bilanz vorgesehene Ersatzmaßnahme ist für die gesamte Laufzeit der WEA zu unterhalten und rechtlich zu sichern. Die jeweils geltenden gesetzlichen Vorgaben sind zu beachten. Diese Sicherung hat durch Eintragung einer entsprechenden Baulast zu Gunsten des Kreises Steinfurt im jeweiligen Baulastenverzeichnis zu erfolgen. Diese Baulasteintragung ist spätestens

zum Zeitpunkt des Baubeginns dem Umweltamt des Kreises Steinfurt vorzulegen. Verantwortlich für die Unterhaltung der Ersatzmaßnahme inklusive aller eventuellen Monitoringmaßnahmen ist der Anlagenbetreiber.

Die im LBP für den Eingriff in Natur und Landschaft beschriebene und dargestellte Ersatzmaßnahme „Umwandlung von 6447 m² Acker in Extensivgrünland“ ist bis zum vollständigen Rückbau der Anlage entsprechend der Maßnahmenbeschreibung auf dem Maßnahmenblatt zu unterhalten.

4.4 Allgemeine Umweltbaubegleitung

Zur allgemeinen Berücksichtigung der Umweltbelange beim Bau, zur Vermeidung der Verbotstatbestände und zur Ermittlung und Überwachung der Eingriffe ist eine Umweltbaubegleitung für die Herstellung der Bauflächen als auch erforderlicher CEF-Maßnahmen von einem Fachgutachter durchzuführen. Die Berichte sind vierzehntägig bei der UNB einzureichen. Bei drohender Gefahr eines unmittelbaren Eintritts der Verbotstatbestände ist die UNB unmittelbar zu informieren.

4.5 Bauzeitenregelung (siehe ASP, Kapitel 11.1.1, 11.1.2 und das Maßnahmenblatt)

Erforderliche Fäll- und Rodungsarbeiten von Gehölzen zur Errichtung der Windenergieanlage (WEA) sowie zum Rückbau von 2 Altanlagen sind zum Schutz gehölzbrütender Arten (Vögel und Fledermäuse nach §§ 39 und 44 BNatSchG) außerhalb der Brut- und Wochenstubenzeit, also vom 01. Oktober bis 28. Februar zu legen. Dies gilt auch für Maßnahmen der baulichen Vorbereitung auf gehölzbestandenen Flächen (z.B. Wegebau, Baufeldfreimachung).

Falls Bäume mit einer Quartierfunktion für Fledermäuse (Durchmesser ≥ 30 cm) vorhanden sind und somit eine Quartierfunktion für Fledermäuse aufweisen können, ist vor den Fällarbeiten / Rückschnittarbeiten von einem Sachverständigen ein Besatz durch Fledermäuse zu überprüfen. Sind Fledermäuse vorhanden, sind die Arbeiten umgehend einzustellen und das weitere Vorgehen ist mit der unteren Naturschutzbehörde des Kreises Steinfurt abzustimmen. Der Bericht ist der UNB vor den Gehölzfällarbeiten vorzulegen.

Die Errichtung und Erschließung der WEA und der Rückbau zweier Altanlagen erfolgt zum Schutz der bodenbrütenden Vogelarten im Offenland (§ 44 BNatSchG) außerhalb der Brutzeit innerhalb des Zeitraumes vom 16.08 bis 01.03. Dies gilt auch für Maßnahmen der baulichen Vorbereitung im Offenland (z.B. Wegebau, Baufeldfreimachung).

Abweichungen von den Bauzeitenfenstern sind nur durch belegbare betriebsbedingte Gründe zulässig, die vom Antragsteller 4 Wochen vor Baubeginn darzustellen sind. Sie bedürfen der schriftlichen Zustimmung der UNB.

Eine Abweichung vom Zeitraum des Absatzes 3 dieser Nebenbestimmung ist nur möglich, wenn in dem Baujahr wirksame temporäre Ausgleichsmaßnahmen (z.B. Ackerbrachen) für die Kiebitzpaare in einer Entfernung von mindestens 300 m zu den Baubereichen angelegt werden. Die Wirksamkeit muss zuvor von der UNB bestätigt werden.

Zudem müssen die Baumaßnahmen vor der Vogelbrutzeit beginnen und kontinuierlich ohne Unterbrechungen von maximal 4 Tagen fortgeführt werden. Bei längeren Unterbrechungen sind vor erneutem Baubeginn faunistische Erfassungen durchzuführen.

Die faunistische Erfassung als Teil der Umweltbaubegleitung ist in der obigen Darstellung fachlich darzustellen (z.B. Methodik der Besatzkontrollen, Durchführung von Vermeidungsmaßnahmen). Der Untersuchungsradius ist artspezifisch anhand der Störradien der erfassten Arten im Umfeld zu wählen und beträgt mindestens 300 m. Die faunistische Umweltbaubegleitung bedarf einer nachweisbaren fachlichen Qualifikation.

Nach Zustimmung durch die untere Naturschutzbehörde des Kreises Steinfurt sind die entsprechenden Erfassungen und Maßnahmen durch die faunistische Umweltbaubegleitung durchzuführen oder zu veranlassen und zu protokollieren. Hierzu zählen auch vorbereitende Maßnahmen zur Konfliktminderung wie die Herstellung unattraktiver Brutflächen. Die Berichte sind wöchentlich einzureichen. Bei drohender Gefahr eines unmittelbaren Eintritts der Verbotstatbestände ist die UNB unmittelbar zu informieren.

4.6 Gestaltung des Mastfußbereiches (ASP Kapitel 11.1.4 und Maßnahmenblatt)

Zur Minderung des Kollisionsrisikos für Vögel und Fledermäuse dürfen im Umkreis von 150 m um den Mastmittelpunkt keine Gewässer angelegt und keine Brachflächen zugelassen werden. Dies betrifft jedoch nicht gesetzlich vorgeschriebene Maßnahmen (z.B. Umsetzung der PflSchAnwV; Ufer-, Rand- und Saumstreifen). Es dürfen keine Gehölze (z.B. Baumreihen, Hecken, flächige Gehölze) angepflanzt werden. Ebenso ist eine Lagerung von Stoffen, wie z.B. Festmist, Silage-, Kompost-, Reisig- oder Steinhäufen im Umkreis von 150 m nicht zulässig. Es ist eine landwirtschaftliche Nutzung, soweit die Bearbeitungsfähigkeit es zulässt, oder eine Bepflanzung mit Bodendeckern bis an den Mastfuß, die Kranstellfläche und die Zuwegung vorzusehen.

4.7 Abschaltalgorithmen für kollisionsgefährdete WEA-empfindliche Fledermausarten (ASP Kapitel 11.1.3)

Nach Inbetriebnahme (inklusive des Probetriebes) ist die Windenergieanlage im Zeitraum vom 1 April bis 31 Oktober eines jeden Jahres zwischen Sonnenuntergang und Sonnenaufgang vollständig abzuschalten, wenn die folgenden Bedingungen zugleich erfüllt sind: Windgeschwindigkeiten im 10min-Mittel von < 6 m/s sowie Temperaturen von > 10 °C in Gondelhöhe.

Der Parameter Niederschlag kann aufgrund fehlender Erkenntnisse und Schwellenwerte nach dem Leitfaden „Umsetzung des Arten- und Habitatschutzes bei der Planung und Genehmigung von Windenergieanlagen in Nordrhein-Westfalen (MKULNV & LANUV 2017)“ nicht verwendet werden. Falls eine Anwendung nach einer Evaluierung des Leitfadens möglich ist, kann der Niederschlag als Steuerungsgröße nach bewilligtem Antrag bei der Genehmigungsbehörde in den Folgejahren verwendet werden.

Bei Inbetriebnahme der WEA ist der UNB eine Erklärung des Fachunternehmers vorzulegen, aus der ersichtlich ist, dass die Abschaltung funktionsfähig eingerichtet ist. Die Betriebs- und Abschaltzeiten sind über die Betriebsdatenregistrierung der WEA zu erfassen, mindestens 5 Jahre als Excel Datei oder in einem vergleichbaren Format zu speichern und auf Verlangen der UNB vorzulegen. Dabei müssen

mindestens die Parameter Windgeschwindigkeit, Temperatur und elektrische Leistung im 10min-Mittel erfasst werden.

Der Betreiber der jeweiligen WEA hat sicherzustellen, dass der vereinbarte Abschaltalgorithmus eingehalten wird.

4.8 Begleitendes Gondelmonitoring (ASP Kapitel 11.1.3)

Soll dauerhaft von der obigen Nebenbestimmung abgewichen werden, kann nach Inbetriebnahme ein akustisches Fledermaus-Monitoring gemäß Kapitel 9 des Leitfadens „Umsetzung des Arten- und Habitatschutzes bei der Planung und Genehmigung von Windenergieanlagen in Nordrhein-Westfalen (MKULNV & LANUV 2017)“ und in Anlehnung an „Robert Brinkmann, Oliver Behr, Ivo Niermann und Michael Reich (Hrsg.): Entwicklung von Methoden zur Untersuchung und Reduktion des Kollisionsrisikos von Fledermäusen an Onshore-Windenergieanlagen. Hannover, 2011“ durchgeführt werden.

Mindestens während des ersten Jahres des Monitorings ist der unter der Nebenbestimmung IV 4.7 genannte Abschaltalgorithmus an der WEA zu betreiben.

Es sind zwei aufeinander folgende Aktivitätsperioden zu erfassen, die jeweils den Zeitraum zwischen dem 01.04. und 31.10. umfassen. Mindestens alle zwei Wochen ist der Status der Geräte zu überprüfen, um Ausfallzeiten gering zu halten.

Das Monitoring ist von einem qualifizierten Fachgutachter durchzuführen, der nachweislich Erfahrungen mit dem Monitoring von Fledermäusen hat.

Bis zum 31.12. des jeweiligen Monitoringjahres ist der UNB zur Prüfung und Beurteilung jeweils unaufgefordert ein Bericht des Fachgutachters mit den Monitoring-Ergebnissen und ihrer fachlichen Beurteilung vorzulegen.

Nach Abschluss des ersten Monitoring-Jahres werden die festgelegten Abschaltbedingungen an die Ergebnisse des Monitorings angepasst. Die WEA sind dann im Folgejahr mit den neuen Abschaltalgorithmen zu betreiben.

Nach Abschluss des zweiten erfolgreich durchgeführten Monitoring-Jahres wird der endgültige Abschaltalgorithmus im Rahmen eines ergänzenden Anpassungsbescheides festgelegt. In den Folgejahren ist es dem Inhaber der Genehmigung

freigestellt, das Monitoring nach Rücksprache mit der UNB fortsetzen, um die Abschaltzeiten ggf. genauer einzugrenzen.

4.9 Temporäre Abschaltalgorithmen für kollisionsgefährdete WEA-empfindliche Greifvogelarten (siehe ASP, Kapitel 11.1.5 und Maßnahmenblatt)

Im Umkreis von mindestens 250 m um die WEA hat im Zeitraum 01. April bis 31. August bei Grünlandmäh und der Ernte von Ackerflächen ab dem Beginn des Bewirtschaftungsereignisses bis zum Sonnenuntergang des darauffolgenden Tages (von Beginn bis Ende der bürgerlichen Dämmerung) eine Anlagenabschaltung zu erfolgen.

Die Betriebs- und Abschaltzeiten sind über die Betriebsdatenregistrierung der WEA zu erfassen und jährlich der UNB bis zum 31.12. zu übermitteln.

4.10 Oberbodenlagerung

Überschüssiger Oberboden, der nicht für das Anfüllen des Fundamentes und/oder die Wiederherrichtung der Grundflächen der rückzubauenden Bestandsanlagen verwendet wird, darf erst nach einvernehmlicher Absprache mit der unteren Naturschutzbehörde auf Freiflächen aufgebracht werden. Für die naturschutzfachliche Beurteilung sind hierzu Beschreibungen und eindeutige Darstellungen zur Lage des jeweiligen Aufbringungsortes, der Menge, der Auftragsstärke und des Arbeitszeitfensters erforderlich. Ob ggf. weitere Genehmigungen einzuholen sind (z.B. Baugenehmigung) hat der Bauherr im Vorfeld eigenständig zu klären.

5 **Abfallwirtschafts- und Bodenschutzrecht**

5.1 Anfallender Ober- und Mutterboden ist nach DIN 18300 und DIN 18320 zwischenzulagern und vorrangig zum Zwecke der Abdeckung oder Auffüllung der Grundstücksfläche zu verwenden.

5.2 Soweit sich bei den Bauarbeiten Auffälligkeiten nach Farbe, Geruch usw. im Boden oder in Baukörpern zeigen, die auf eine Kontamination des Bodens oder des Baukörpers mit umweltgefährdenden Stoffen hindeuten, ist das Umweltamt des Krei-

ses Steinfurt unverzüglich durch den verantwortlichen Bauleiter bzw. den Bauherren zu benachrichtigen, um ggf. eine ordnungsgemäße und schadlose Entsorgung der verunreinigten Bauabfälle sicherzustellen.

5.3 Abfallaufkommen von gefährlichen Abfällen bei der Installation und bei Servicearbeiten an der Anlage (gemäß Antragstellung):

ASN.13 01 10* nichtchlorierte Hydrauliköle auf Mineralölbasis

ASN 13 02 05* synthetische Maschinen-, Getriebe- und Schmieröle

ASN 13 02 06* synthetische Hydrauliköle auf Mineralölbasis

ASN 13 03 09* biologisch leicht abbaubare Isolier- und Wärmeübertragungsöle

ASN 15 02 02* Aufsaug- und Filtermaterialien (einschließlich Ölfiler a. n. g.), Wischtücher und Schutzkleidung, die durch gefährliche Stoffe verunreinigt sind

ASN 16 01 14* Frostschutzmittel, die gefährliche Stoffe enthalten

Der Nachweis der geordneten Entsorgung (Verwertung oder Beseitigung) ist gemäß der Nachweisverordnung (NachwV) durch Entsorgungsnachweise und Begleitscheine bzw. Registerführung gegenüber dem Umweltamt des Kreises Steinfurt zu belegen. Die gemäß §§ 23 ff der NachwV zu führenden Register sind auf Verlangen der Unteren Abfallbehörde des Kreises Steinfurt vorzulegen.

6 Wasserrecht

6.1 Zur Auffüllung und zur Baugrundvorbereitung und als Deckschicht für die Zuwegung, die Kranstellflächen und Montage- bzw. Lagerflächen darf aufgrund des offenen Einbaues nur Natursteinschotter oder gleichwertiges Material eingebaut werden. Die Verwendung und der Einbau von Recycling-Baustoffen oder industriellen Nebenprodukten i.S. der Verwerter-Erlasse NRW von 2001 sind in diesen Bereichen nicht zulässig.

6.2 In einen Alarmplan für die WEA ist die Untere Wasserbehörde des Kreises Steinfurt aufzunehmen.

6.3 Bei Schadensfällen oder Betriebsstörungen hat der Anlagenbetreiber gemäß § 24 AwSV unverzüglich Maßnahmen zu treffen, die geeignet sind, eine Gefährdung oder Schädigung von Gewässern (auch Grundwasser) zu verhindern. Die Anlage bzw. Anlagenteile sind außer Betrieb zu nehmen. Soweit erforderlich, ist die Anlage bzw. das Anlagenteil zu entleeren, wenn die vorgenannte Gefährdung oder Schädigung der Gewässer nicht auf andere Weise verhindert oder unterbunden werden kann.

6.4 An der WEA sind ständig ölaufsaugende Bindemittel bereitzuhalten, so dass austretende Betriebsstoffe sicher aufgenommen und ordnungsgemäß entsorgt werden können.

7 Ziviles und militärisches Luftfahrtrecht

7.1 Die Windenergieanlage (WEA) ist mit einer Tages- und Nachtkennzeichnung gemäß der „Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Kennzeichnung von Luftfahrthindernissen (AVV; NfL 1-2051-20 vom 24.09.2020)“ auszurüsten. Es ist eine Veröffentlichung als Luftfahrthindernis zu veranlassen.

7.2 Da eine Tageskennzeichnung für die WEA erforderlich ist, sind die Rotorblätter der WEA weiß oder grau auszuführen. Im äußeren Bereich sind sie durch drei Farbfelder von je 6 m Länge (außen beginnend 6 m orange - 6 m weiß - 6 m orange oder außen beginnend mit 6 m rot - 6 m weiß oder grau - 6 m rot) zu kennzeichnen. Hierfür sind die Farbtöne Verkehrsweiß (RAL 9016), grauweiß (RAL 9002), lichtgrau (RAL 7035), achatgrau (RAL 7038), Verkehrsorange (RAL 2009) oder Verkehrsrot (RAL 3020) zu verwenden. Die Verwendung entsprechender Tagesleuchtfarben ist zulässig.

7.3 Aufgrund der beantragten Höhe der WEA ist das Maschinenhaus auf halber Höhe rückwärtig umlaufend mit einem 2 m hohen orange / roten Streifen zu versehen. Der Streifen darf durch grafische Elemente und / oder konstruktionsbedingt unterbrochen werden. Grafische Elemente dürfen maximal ein Drittel der Fläche der jeweiligen Maschinenhausseite beanspruchen.

7.4 Der Mast ist mit einem 3 m hohen Farbring in orange / rot, beginnend in 40 m über Grund, zu versehen. Die Markierung kann aus technischen Gründen oder bedingt durch örtliche Besonderheiten versetzt angeordnet werden.

- 7.5 An dem geplanten Standort können abhängig von Hindernissituationen ergänzend auch Tagesfeuer (Mittelleistungsfeuer Typ A, 20.000 cd, gemäß ICAO Anhang 14, Band I, Tabelle 6.1 und 6.3 des Chicagoer Abkommens) gefordert werden, wenn dieses für die sichere Durchführung des Luftverkehrs als notwendig erachtet wird. Das Tagesfeuer muss auf dem Dach des Maschinenhauses gedoppelt installiert werden. Außerhalb von Hindernisbegrenzungsflächen an Flugplätzen darf das Tagesfeuer um mehr als 50 m überragt werden.
- 7.6 Die Nachtkennzeichnung von Windenergieanlagen mit einer maximalen Höhe von 315 m über Grund muss durch Feuer W, rot oder Feuer W, rot ES erfolgen.
- In diesen Fällen sind zusätzliche Hindernisbefeuerungsebenen, bestehend aus Hindernisfeuer (ES), am Turm auf der halben Höhe zwischen Grund und der Nachtkennzeichnung auf dem Maschinenhausdach erforderlich. Sofern aus technischen Gründen notwendig, kann bei der Anordnung der Befeuerungsebene um bis zu 5 m nach oben / unten abgewichen werden. Dabei müssen aus jeder Richtung mindestens zwei Hindernisfeuer sichtbar sein. Ist eine zusätzliche Infrarotkennzeichnung (AVV, Anhang 3) vorgesehen, ist diese auf dem Dach des Maschinenhauses anzubringen.
- 7.7 Es ist (z. B. durch Doppelung der Feuer) dafür zu sorgen, dass auch bei Stillstand des Rotors sowie bei einer Blinkfrequenz synchronen Drehzahl mindestens ein Feuer aus jeder Richtung sichtbar ist. Der Einschaltvorgang erfolgt grundsätzlich über einen Dämmerungsschalter gemäß der AVV, Nr. 3.9.
- Sofern die Vorgaben (AVV, Anhang 6, insbesondere Standort- und Baumusterprüfung) erfüllt werden, kann der Einsatz einer bedarfsgerechten Nachtkennzeichnung erfolgen. Da sich die Windenergieanlage außerhalb des kontrollierten Luftraumes befindet, bestehen aus zivilen und militärischen flugsicherungsbetrieblichen Gründen seitens der DFS (Deutsche Flugsicherung) keine Bedenken gegen die Anbringung einer BNK (Bedarfsgesteuerte Nachtkennzeichnung).
- 7.8 Die Feuer W rot, bzw. Feuer W rot ES, sind so zu installieren, dass immer mindestens ein Feuer aus jeder Richtung zu sehen ist. Gegebenenfalls müssen die Feuer gedoppelt, jeweils versetzt auf dem Maschinenhausdach - nötigenfalls auf Aufständern - angebracht werden. Dabei ist zu beachten, dass die gedoppelten Feuer

gleichzeitig (synchron blinkend) betrieben werden. Das gleichzeitige Blinken ist erforderlich, damit die Feuer der WEA während der Blinkphase nicht durch einen Flügel des Rotors verdeckt werden.

Die Blinkfolge der Feuer auf den Windenergieanlagen ist zu synchronisieren. Die Taktfolge ist auf 00.00.00 Sekunde gemäß UTC mit einer zulässigen Null-Punkt-Verschiebung von ± 50 ms zu starten.

- 7.9 Für die Ein- und Ausschaltvorgänge der Nachtkennzeichnung bzw. Umschaltung auf das Tagesfeuer sind Dämmerungsschalter, die bei einer Umfeldhelligkeit von 50 bis 150 Lux schalten, einzusetzen.
- 7.10 Bei Ausfall der Spannungsquelle muss sich die Befeuerung automatisch auf ein Ersatzstromnetz umschalten.
- 7.11 Bei Feuern mit sehr langer Lebensdauer des Leuchtmittels (z.B. LED) kann auf ein Reserveleuchtmittel verzichtet werden, wenn die Betriebsdauer erfasst und das Leuchtmittel bei Erreichen des Punktes mit 5 %-Ausfallwahrscheinlichkeit getauscht wird. Bei Ausfall des Feuers muss eine entsprechende Mitteilung an den Betreiber erfolgen.
- 7.12 Störungen der Feuer, die nicht sofort behoben werden können, sind der NOTAM-Zentrale in Frankfurt / Main unter der Rufnummer 06103 707 5555 oder per E-Mail notam.office@dfs.de unverzüglich bekannt zu geben. Der Ausfall der Kennzeichnung ist so schnell wie möglich zu beheben. Sobald die Störung behoben ist, ist die NOTAM-Zentrale unverzüglich davon in Kenntnis zu setzen. Ist eine Behebung innerhalb von zwei Wochen nicht möglich, sind die NOTAM-Zentrale und das Umweltamt des Kreises Steinfurt nach Ablauf von zwei Wochen erneut zu informieren.
- 7.13 Für den Fall einer Störung der primären elektrischen Spannungsversorgung muss ein Ersatzstromversorgungskonzept vorliegen. Der Betrieb der Feuer ist grundsätzlich bis zur Wiederherstellung der Spannungsversorgung sicherzustellen. Die Zeitdauer der Unterbrechung zwischen Ausfall der Netzversorgung und Umschalten auf die Ersatzstromversorgung darf zwei Minuten nicht überschreiten. Diese Vorgabe gilt nicht für die Infrarotkennzeichnung.

- 7.14 Eine Reduzierung der Nennlichtstärke beim Tagesfeuer, beim Feuer W rot und Feuer W rot ES ist nur bei Verwendung der vom Deutschen Wetterdienst (DWD) anerkannten meteorologischen Sichtweitenmessgeräte möglich. Installation und Betrieb haben nach den Bestimmungen des Anhangs 4 der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Kennzeichnung von Luftfahrthindernissen zu erfolgen.
- 7.15 Kräne sind ab 100 m über Grund mit einer Tageskennzeichnung und an der höchsten Stelle mit einer Nachtkennzeichnung (Hindernisfeuer) zu versehen. Die in den Auflagen geforderten Kennzeichnungen sind nach Erreichen der jeweiligen Hindernishöhe zu aktivieren und mit Notstrom zu versorgen.
- 7.16 Der Betreiber hat den Ausfall der Kennzeichnung unverzüglich zu beheben.
- 7.17 Da die WEA als Luftfahrthindernis veröffentlicht werden muss, ist der Bezirksregierung Münster, Dezernat 26 aus Sicherheitsgründen der Baubeginn unaufgefordert rechtzeitig unter Angabe des Aktenzeichens 26.01.01.07 Nr. 165-21 bekannt zu geben. Dabei sind folgende endgültige Veröffentlichungsdaten für die Anlage anzugeben:
1. Mindestens 6 Wochen vor Baubeginn dieses Datum und
 2. spätestens 4 Wochen nach Errichtung die endgültigen Vermessungsdaten, um die Vergabe der ENR-Nr. und die endgültige Veröffentlichung in die Wege leiten zu können.

Diese Meldung der endgültigen Daten muss dann folgende Details umfassen:

- a) DFS-Bearbeitungsnummer
- b) Name des Standortes
- c) Art des Luftfahrthindernisses
- d) Geographische Standortkoordinaten [Grad, Min., Sek. mit Angabe des Bezugsellipsoids (Bessel, Krassowski oder WGS 84 mit einem GPS-Empfänger gemessen)]
- e) Höhe der Bauwerksspitze [m über Grund]
- f) Höhe der Bauwerksspitze [m über NN, Höhensystem: DHHN 92]
- g) Art der Kennzeichnung [Beschreibung]

- 7.18 Spätestens vier Wochen vor Baubeginn sind dem Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr, Infra I.3, Fontainengraben 200, 53123 Bonn unter Angabe des Zeichens III-328-21-BIA alle endgültigen Daten wie Art des Hindernisses, Standort mit geographischen Koordinaten in WGS 84, Höhe über Erdoberfläche, Gesamthöhe über NN, Art der Kennzeichnung und der Zeitraum Baubeginn bis Bauende schriftlich anzuzeigen.

8 Arbeitsschutzrecht

- 8.1 Die WEA darf nur dann betrieben werden, wenn eine EG-Konformitätserklärung gemäß Anhang II Teil 1 Abschnitt A der Richtlinie 2006/42/EG erteilt worden ist. Sie ist spätestens vor der Inbetriebnahme der WEA dem Umweltamt des Kreises Steinfurt und der Bezirksregierung Münster (Dezernat 55) vorzulegen.

V

Hinweise

1 Baurecht

- 1.1 Eine Kopie der Genehmigung und die Bauvorlagen müssen an der Baustelle von Baubeginn an vorliegen.
- 1.2 Der Ausführungsbeginn des Bauvorhabens ist dem Umweltamt des Kreises Steinfurt und der Unteren Bauaufsichtsbehörde der Stadt Greven mindestens eine Woche vorher schriftlich anzuzeigen (§ 74 Abs. 9 BauO NRW).
- 1.3 Die abschließende Fertigstellung des Bauvorhabens ist dem Umweltsamt des Kreises Steinfurt und der Unteren Bauaufsichtsbehörde der Stadt Greven mindestens eine Woche vorher schriftlich anzuzeigen (§ 84 Abs. 2 BauO NRW).
- 1.5 Auf die Anforderungen und Restriktionen nach der Anlage A 1.2.8/6 zur Richtlinie für Windenergieanlagen - Einwirkungen und Standsicherheitsnachweise für Turm und Gründung - vom Oktober 2012 in der korrigierten Fassung vom März 2015 wird hingewiesen. Ferner wird hier auch auf die Verwaltungsvorschrift Technische Baubestimmungen für das Land NRW (VV TB NRW) - Ausgabe Januar 2019 hingewiesen.

- 1.6 Mindestens 4 Wochen vor Baubeginn ist mit der Stadt Greven die genaue Wegeführung für den Schwerlastverkehr abzustimmen. Alternativ kann ein durch die Bauherrschaft beauftragtes Beweissicherungsverfahren durchgeführt werden.

2 Immissionsschutzrecht

- 2.1 Gemäß § 13 BImSchG schließt diese Genehmigung andere, die Anlage betreffende behördliche Entscheidungen ein, z. B. die Baugenehmigung. Ausgenommen davon sind insbesondere Planfeststellungen und wasserrechtliche Erlaubnisse und Bewilligungen nach dem Wasserhaushaltsgesetz (WHG). Dieser Genehmigungsbescheid ergeht ferner unbeschadet der behördlichen Entscheidungen, die nach § 13 BImSchG nicht eingeschlossen werden; z. B. erforderliche forstrechtliche, straßenverkehrsrechtliche, wasserrechtliche oder naturschutzrechtliche Zulassungen im Zusammenhang mit der Erschließung der Anlagenstandorte.
- 2.2 Gemäß § 16 Abs. 1 BImSchG bedarf die Änderung der Lage, der Beschaffenheit oder des Betriebes einer genehmigungsbedürftigen Anlage der Genehmigung, wenn durch die Änderung nachteilige Auswirkungen hervorgerufen werden können und diese für die Prüfung nach § 6 Abs. 1 Nr. 1 BImSchG erheblich sein können (wesentliche Änderung). Die Genehmigung ist auch erforderlich, wenn aufgrund anderer behördlicher Entscheidungen (Genehmigungen, Erlaubnisse, Bewilligungen, Befreiungen usw.) Änderungen der Lage, der Beschaffenheit oder des Betriebes der durch diesen Bescheid genehmigten Anlage notwendig werden und die vorgenannten Voraussetzungen vorliegen.
- 2.3 Gemäß § 15 BImSchG ist die Änderung der Lage, der Beschaffenheit oder des Betriebs einer genehmigungsbedürftigen Anlage, sofern eine Genehmigung nicht beantragt wird, mindestens einen Monat vorher dem Umweltamt des Kreises Steinfurt schriftlich anzuzeigen, wenn sich die Änderung auf in § 1 BImSchG genannte Schutzgüter auswirken kann. Der Anzeige sind Unterlagen im Sinne des § 10 Abs. 1 Satz 2 BImSchG beizufügen, soweit diese für die Prüfung erforderlich sein können, ob das Vorhaben genehmigungsbedürftig ist.

- 2.4 Gemäß § 15 Abs. 3 BImSchG ist die Einstellung des Betriebes einer genehmigungsbedürftigen Anlage unter Angabe des Zeitpunktes der Einstellung dem Umweltamt des Kreises Steinfurt unverzüglich anzuzeigen. Der Anzeige sind Unterlagen über die vom Betreiber vorgesehenen Maßnahmen zur Erfüllung der sich aus § 5 Abs. 3 BImSchG ergebenden Pflichten beizufügen.

3 Naturschutzrecht

3.1 Verstöße gegen das Artenschutzrecht

Der Betreiber darf nicht gegen die im Bundesnaturschutzgesetz geregelten Verbote zum Artenschutz verstoßen, die u. a. für alle europäisch geschützten Arten gelten (z. B. für alle einheimischen Vogelarten und alle Fledermausarten). Nach § 44 Abs. 1 BNatSchG ist es u.a. verboten, Tiere dieser Arten zu verletzen oder zu töten, sie erheblich zu stören oder ihre Fortpflanzungs- und Ruhestätten zu beschädigen oder zu zerstören. Bei Zuwiderhandlungen drohen die Bußgeld-/Strafvorschriften der §§ 69 ff. BNatSchG. Die untere Naturschutzbehörde des Kreises Steinfurt kann unter Umständen eine Befreiung nach § 67 Abs. 2 BNatSchG gewähren, sofern eine unzumutbare Belastung vorliegt.

3.2 Externer Leitungsbau

Der Einspeisepunkt und die Leitungstrassenführung im Zusammenhang mit der beantragten Anlage ist in einem separaten Genehmigungsverfahren in Abstimmung mit dem Kreis Steinfurt, Amt für Planung, Naturschutz und Mobilität, Untere Naturschutzbehörde, festzulegen. In diesem Verfahren sind entsprechend den Ausführungen des § 15 Bundesnaturschutzgesetzes in Verbindung mit § 31 des Landesnaturschutzgesetzes Nordrhein-Westfalen Maßnahmen zur Vermeidung von Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft und unter Umständen Ausgleichsmaßnahmen vorzusehen. Zudem wird darauf hingewiesen, dass unter Umständen Befreiungen oder Ausnahmen gemäß § 75 Abs. 1 LNatSchG erforderlich werden können.

3.3 Einzuholende Transportwegegenehmigungen

Die im öffentlichen Raum verlaufenden Transportwege und die damit verbundenen Eingriffe in Natur- und Landschaft sind in einem separaten Genehmigungsverfahren in Abstimmung mit dem Kreis Steinfurt, Amt für Planung, Naturschutz und Mobilität, untere Naturschutzbehörde, festzulegen. In diesem Verfahren sind entsprechend den Ausführungen des § 15 des Bundesnaturschutzgesetzes in Verbindung mit § 31 des Landschaftsnaturschutzgesetzes Nordrhein-Westfalen Maßnahmen zur Vermeidung von Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft und unter Umständen Ausgleichsmaßnahmen vorzusehen. Zudem wird darauf hingewiesen, dass unter Umständen Befreiungen oder Ausnahmen gemäß § 75 Abs. 1 LNatSchG erforderlich werden können.

4 **Abfallwirtschafts- und Bodenschutzrecht**

4.1 Die Behandlung, Lagerung und Ablagerung von Bauabfällen und sonstigen Abfällen außerhalb von zugelassenen Anlagen stellt eine Ordnungswidrigkeit dar und kann mit einer Geldbuße bis zu 100.000,- € geahndet werden. Verstöße gegen die Nachweisverordnung können ebenfalls eine Ordnungswidrigkeit darstellen, die mit einer Geldbuße bis zu 10.000,- € geahndet werden (§ 69 Abs. 3 KrWG).

4.2 Erzeuger und Besitzer von Bau- und Abbruchabfällen haben zur Gewährleistung einer ordnungsgemäßen und schadlosen sowie möglichst hochwertigen Verwertung, Abfälle getrennt zu erfassen, zu lagern, einzusammeln, zu befördern und einer Verwertung zuzuführen. Insbesondere Holz, Dämmmaterial, Baustoffe auf Gipsbasis, Beton, Ziegel und Keramik, sowie Glas, Kunststoffe und Metalle sind getrennt zu halten und einer stofflichen Verwertung zuzuführen (§ 8 ff GewAbfV).
Erzeuger und Besitzer haben Althölzer, bei Mengen von > 1 m³ losem Schüttvolumen, zur Gewährleistung einer schadlosen und möglichst hochwertigen Verwertung, an der Anfallstelle getrennt zu erfassen, zu lagern, zu befördern und einer stofflichen oder thermischen Verwertung zuzuführen.

Die Verwertung von Abfällen hat Vorrang vor der Beseitigung, soweit dies technisch möglich und wirtschaftlich zumutbar ist. Die wirtschaftliche Zumutbarkeit ist gegeben, wenn die mit der Verwertung verbundenen Kosten nicht außer Verhältnis zu den Kosten stehen, die für eine Abfallbeseitigung zu tragen wären (§ 7 - KrWG).

- 4.3 Abfälle zur Beseitigung sind nachweislich dem Kreis Steinfurt zu überlassen und den Annahmestellen entsprechend der jeweils gültigen Abfallentsorgungssatzung des Kreises Steinfurt zuzuführen.
- 4.4 Nach der „Karte der schutzwürdigen Böden NRW (BK50)“ des Geologischen Dienstes NRW liegen im Bereich der WEA keine schutzwürdigen Böden vor.
- 4.5 Im Plangebiet oder direkt angrenzend sind zurzeit keine Bodenbelastungen und keine entsprechenden Verdachtsflächen im Sinne des gemeinsamen Runderlasses „Berücksichtigung von Flächen mit Bodenbelastungen, insbesondere Altlasten, bei der Bauleitplanung und im Baugenehmigungsverfahren“ (MBI.NRW.2005 S. 582) vom 14.03.2005 bekannt.

5 Wasserrecht

- 5.1 Bei Unfällen und Störungen im Bereich von Anlagen, die ein Auslaufen wassergefährdender Stoffe zur Folge haben, ist sofort das Ordnungsamt der Stadt Greven und die Untere Wasserbehörde des Kreises Steinfurt zu benachrichtigen. Außerhalb der regulären Dienstzeiten ist die Leitstelle des Kreises Steinfurt zu informieren (Anzeigepflicht nach § 122 Abs. 3 Landeswassergesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (LWG NRW)).
- 5.2 Anforderungen an Anlagen zum Verwenden wassergefährdender Flüssigkeiten (z.B. Trafoöle, Hydraulik- und Getriebeöle) ergeben sich aus der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (AwSV).
- 5.3 Im Zuge der geplanten Baumaßnahme ist es evtl. erforderlich im Bereich von Gewässern neue Zufahrtswege anzulegen, vorhandene Wege auszubauen, Überfahrten neu herzustellen bzw. vorhandene zu verlängern, Übergabestationen zu errichten sowie Gewässerkreuzungen bzw. Parallelverlegungen mit Stromversorgungsleitungen an Gewässern durchzuführen. Diese Maßnahmen sind nach § 22 LWG NRW genehmigungspflichtig. Daher ist rechtzeitig vor Baubeginn ein Antrag in 3-facher Ausfertigung nach § 22 LWG NRW für Maßnahmen in, an, über und unter oberirdischen Gewässern bei der Unteren Wasserbehörde des Kreises Steinfurt einzureichen.

- 5.4 Sollten bei der Anbindung der WEA an das Stromversorgungsnetz Gewässerkreuzungen (oder Parallelverlegungen an Gewässern) mit Stromkabeln erforderlich werden, ist hierfür eine Genehmigung gemäß § 22 LWG für Anlagen in und an Gewässern bei der Unteren Wasserbehörde des Kreises Steinfurt zu beantragen.

6 Forstrecht

- 6.1 Sollten wegen des Vorhaben durch notwendige begleitende Maßnahmen, wie Zugewegungen, Kabeltrassen, Einspeisepunkte, Verteilerkästen, o. Ä., Waldbereiche inklusive Wallhecken und Windschutzstreifen dauerhaft oder temporär umgewandelt oder beeinträchtigt werden, sind diese Maßnahmen genehmigungspflichtig und müssen im Verhältnis 1:1,5 ausgeglichen werden.
- 6.2 Bei Unklarheiten bezüglich der Waldeigenschaft eines Elements oder zur Abgrenzung eines Eingriffs ist das Regionalforstamt Münsterland zu beteiligen.

VI

Begründung

Mit Antrag gemäß § 4 BlmSchG vom 04.05.2016, hier eingegangen am 08.06.2016, hat die Firma Pamina Windpark GmbH die Genehmigung zur Errichtung und zum Betrieb einer Windenergieanlage (WEA) im Außenbereich der Stadt Greven auf dem Grundstück Gemarkung Greven, Flur 27, Flurstück 44 beantragt.

Für die Erteilung der beantragten Genehmigung ist aufgrund der Zuständigkeitsverordnung Umweltschutz (ZustVU) die Zuständigkeit des Kreises Steinfurt gegeben.

Das Vorhaben stellt eine Repoweringmaßnahme dar, da die beantragte WEA den Altanlagenbestand im bestehenden Windpark Mestheide teilweise ersetzen soll. Im eingereichten Antrag aus dem Jahre 2016 wird dargelegt, dass eine Altanlage, die sich in unmittelbarer Nähe des Vorhabens befindet, demontiert und zurückgebaut werden soll. Das zur Genehmigung gestellte Vorhaben umfasste eine WEA des Typs Vestas V 136 mit einer Nabenhöhe von 132 m, einem Rotordurchmesser von 136 m und einer elektrischen Nennleistung von 3,45 MW. Die Gesamthöhe der WEA lag bei 200 m. Nach Abschluss

der Vollständigkeitsprüfung des Antrags und der Unterlagen erfolgte im Juli 2016 die Einleitung der Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung, wobei für den 26.10.2016 ein Erörterungstermin bestimmt wurde. Für das Vorhaben ist eine Umweltverträglichkeitsprüfung nach dem UVPG durchzuführen.

Im Zuge der Behördenbeteiligung versagte die Stadt Greven ihr gemeindliches Einvernehmen mit Hinweis auf die Verletzung einer im Flächennutzungsplan dargestellten Höhenbegrenzung für Windenergieanlagen. Das Genehmigungsverfahren geriet daraufhin ins Stocken; u.a. wurde der Erörterungstermin abgesagt. Nachdem der Antragsteller beim VG Münster eine Untätigkeitsklage gegenüber dem Kreis Steinfurt einreichte, erfolgte aufgrund des durch die Stadt Greven versagten gemeindlichen Einvernehmens unter Hinweis auf die Verletzung der Höhenbegrenzung mit Datum vom 07.11.2017 ein Ablehnungsbescheid. Dieser Ablehnungsbescheid wurde vom Antragsteller beim VG Münster beklagt. Im Zuge des verwaltungsgerichtlichen Verfahrens erfolgte eine Umfirmierung des Antragstellers auf die Firma Alpha Neuer Wind GmbH. Mit Urteil des VG Münster vom 02.04.2020 erging an den Kreis Steinfurt die Verpflichtung das stecken gebliebene Genehmigungsverfahren weiterzuführen, da sich der Ablehnungsbescheid als rechtswidrig erwiesen habe. Er stütze sich zu Unrecht auf eine vermeintliche Höhenbegrenzung für WEA im FNP der Stadt Greven. Diese „Höhenbegrenzung“ sei nicht strikt anzuwenden und schon allein deshalb keine Grundlage für eine Ablehnung des Antrags aus planungsrechtlichen Gründen, da es an einer eindeutigen Definition des Bezugspunktes im FNP fehle.

Im Rahmen eines Termins bei der Genehmigungsbehörde am 29.05.2020 teilte der Antragsteller mit, dass das Vorhaben im Zuge des weiterzuführenden Genehmigungsverfahrens geändert werden soll, wobei der Anlagenstandort und die Standortkoordinaten unverändert blieben. Der vom Antragsteller im Nachgang eingereichte Antrag auf Erteilung eines Vorbescheids gemäß § 9 BImSchG konnte nicht beschieden werden, da ein Schreiben zur Konkretisierung des Umfangs unbeantwortet blieb und insofern offenbar kein Bescheidinteresse mehr bestand.

Mit Datum vom 29.03.2021 wurden geänderte Unterlagen eingereicht. Das während des Genehmigungsverfahrens geänderte Vorhaben umfasst eine WEA des Typs Vestas V 162 mit einer Nabenhöhe von 148 m, einem Rotordurchmesser von 162 m und einer elektrischen Nennleistung von 5,6 MW. Die Gesamthöhe der WEA beträgt 229 m. Mit

dem geänderten Vorhaben ist nunmehr der Rückbau einer weiteren Altanlage im Windpark Mestheide verbunden. Im Oktober 2021 erfolgte eine erneute Behördenbeteiligung, wobei insbesondere immissionsschutzrechtliche und naturschutzrechtliche Belange im Zentrum der fachbehördlichen Prüfungen standen. Da der Antragsteller die Anwendung des neuen § 45b BNatSchG geltend machte, waren u.a. der Landschaftspflegerische Begleitplan und der artenschutzrechtliche Fachbeitrag anzupassen.

Öffentlichkeitsbeteiligung

Das im Jahre 2016 beantragte Vorhaben wurde am 27.07.2016 in Tageszeitungen, die im Bereich des Standortes verbreitet sind, öffentlich bekannt gemacht. Ferner erschien die Bekanntmachung im Amtsblatt des Kreises Steinfurt und wurde auf der Homepage eingestellt. Antrag und Unterlagen lagen entsprechend der Bekanntmachung öffentlich zugänglich aus. Gegenüber dem Vorhaben wurden fristgerechte Einwendungen erhoben. Wie oben dargelegt, erfolgte eine Absage des Erörterungstermins. Dies wurde öffentlich bekannt gemacht.

Aufgrund von § 8 Abs. 2 der 9. BImSchV erfolgte eine öffentliche Bekanntmachung des geänderten Vorhabens. Sie erschien am 18.03.2022 in Tageszeitungen, die im Umfeld des Vorhabens verbreitet sind. Ferner wurde sie im Amtsblatt und auf der Homepage des Kreises Steinfurt veröffentlicht sowie ins UVP-Verbund-Portal eingestellt. Antrag und Unterlagen lagen entsprechend der Bekanntmachung aus. Im Zuge der zusätzlichen Öffentlichkeitsbeteiligung gingen 9 fristgerechte Einwendungen ein. Insgesamt, d.h. 2016 und 2022, sind gegenüber dem Vorhaben 48 Einwendungen eingegangen. Der für den 29.06.2022 bestimmte Erörterungstermin wurde bei der Stadt Greven anhand einer thematischen Gliederung der Einwendungen durchgeführt, wobei auch die Einwendungen aus dem Jahre 2016 Berücksichtigung fanden. Im Rahmen dieser Begründung wird auf wesentliche Aspekte der Einwendungen zusammenfassend eingegangen. In der als Anlage beigefügten zusammenfassenden Darstellung und Bewertung der Umweltauswirkungen nach § 20 Abs. 1a und 1b der 9. BImSchV werden weitere Punkte berücksichtigt.

Planungsrechtliche Aspekte

Die Diskussion des obigen Themas nahm insbesondere im Erörterungstermin breiten Raum ein und bezog sich auf eine vermeintliche Höhenbegrenzung für WEA und die Konzentrationszonendarstellung im FNP der Stadt Greven sowie die sogenannte 1.000-m-Regel nach § 2 BauGB-AG NRW. Im Rahmen dieser Begründung ist Folgendes festzuhalten: Nach dem o.g. Urteil des VG Münster enthält der FNP der Stadt Greven keine wirksame Höhenbegrenzung für Windenergieanlagen im Außenbereich. Dieser Aspekt kann dem beantragten Vorhaben nicht entgegengehalten werden. Die Diskussion der planungsrechtlichen Situation erfolgte auch vor dem Hintergrund, dass die Stadt Greven mit Schreiben vom 06.12.2021 erneut ihr gemeindliches Einvernehmen gemäß § 36 BauGB versagte und diesbezüglich auf den Standort der WEA verweist, der nicht innerhalb der Konzentrationszonendarstellung läge (Entgegenstehen nach § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB). Diese Mitteilung war unerwartet, da die Stadt Greven im Rahmen ihrer Stellungnahme vom 14.09.2016 Folgendes ausführte: „Die Windenergieanlage liegt innerhalb der im Flächennutzungsplan der Stadt Greven dargestellten Konzentrationszone zur Windenergienutzung.“ Im Nachgang zum Erörterungstermin hat sich die Stadt Greven nochmals mit der planungsrechtlichen Situation in Bezug auf das Repoweringvorhaben befasst. Mit Schreiben vom 19.01.2023 teilt sie Folgendes mit:

„Das geplante Vorhaben liegt im landwirtschaftlichen Außenbereich und ist planungsrechtlich nach § 35 (1) Nr. 5 BauGB zu beurteilen. Die Stadt Greven erteilt ihr nach § 36 BauGB erforderliches Einvernehmen. Bauplanungsrechtliche Belange stehen dem Vorhaben nicht entgegen.“ Die Genehmigungsbehörde schließt sich dieser Beurteilung an. Die öffentlich-rechtliche Vorschrift des § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB (Ausschlußwirkung) stellt als öffentlicher Belang kein rechtlich schier unüberwindbares Hindernis dar. Die Vorschrift gilt nach dem Wortlaut „in der Regel“. Unter Würdigung der Gesamtumstände des Einzelfalls ist hier ausschlaggebend, dass es sich um ein Repoweringvorhaben handelt, das in unmittelbarer Nähe – rd. 40 m nördlich – zu einer zurückzubauenden Altanlage innerhalb des bestehenden Windparks Mestheide realisiert werden soll und Grundzüge der Planung nach der o.g. Stellungnahme der Stadt Greven vom 19.01.2023 offenbar nicht berührt werden. Auch wenn es sich formell nicht um ein Vorhaben nach § 16b BImSchG handelt, kommt dem neuen § 245e Abs. 3 BauGB i.V.m. dem § 2 EEG als neugeschaffenem Hintergrundkontext für die Gesamt-Interpretation des Nicht-Regelfalls nach § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB Bedeutung zu. Bzgl. der sogenannten 1.000 m-Regel im Hinblick auf die nördlich gelegene Siedlung „Am Vosskotten“ ist Folgendes festzuhalten: Die

Stadt Greven teilt mit Schreiben vom 28.06.2022 mit, dass die 1.000 m - Regel gemäß § 2 BauGB-AG NRW auf das beantragte Vorhaben keine Anwendung findet. Mit Schreiben vom 19.01.2023 erteilt sie – wie oben dargelegt – ihr gemeindliches Einvernehmen. Die Nichtanwendbarkeit der 1.000 m - Regel ergibt sich auch aus der Übergangsregelung nach § 2 Abs. 3 BauGB-AG NRW.

Mögliche optisch bedrängende Wirkungen der WEA

Ein maßgebliches Kriterium zur Beurteilung des obigen Aspekts stellt das Verhältnis der Entfernung der WEA zu Wohnnutzungen in Bezug auf die Gesamthöhe der WEA dar. Dieser Wert liegt in der unmittelbaren Nachbarschaft bei 2,5; 2,7 und 3,0. In der als Antragsunterlage vorgelegten Untersuchung der Sichtbeziehungsverhältnisse wird dargelegt, dass keine als rücksichtslos zu qualifizierenden Wirkungen anzunehmen sind. Vor dem Hintergrund des neugeschaffenen § 249 Abs. 10 BauGB gilt die gesetzliche Regelung, dass der öffentliche Belang einer optisch bedrängenden Wirkung einem WEA-Vorhaben i.d.R. nicht entgegensteht, wenn das o.g. Verhältnis mindestens bei 2 liegt. Da dieser Wert hier deutlich überschritten wird und keine atypische Fallkonstellation im Sinne des Gesetzgebers erkennbar ist und die Stadt Greven als Fachbehörde hier explizit keine Bedenken vorgetragen hat, ist das Vorliegen von optisch bedrängenden Wirkungen nicht zu konstatieren.

Infraschall

Das Thema wurde im Rahmen des Erörterungstermins intensiv und kontrovers diskutiert. In der Nachbarschaft bestehen offenbar große Befürchtungen, dass der Betrieb der beantragten Windenergieanlage mit Gesundheitsgefahren verbunden ist. Im Ergebnis ist festzuhalten, dass es insbesondere aufgrund der Abstände der WEA zu benachbarten Wohnhäusern keine Anhaltspunkte für das Vorliegen von schädlichen Umwelteinwirkungen durch Infraschall im Sinne des § 3 BImSchG gibt. Eine Verletzung von Schutzansprüchen der Nachbarschaft kann insofern nicht konstatiert werden. Nach dem bisherigen Stand wissenschaftlicher Erkenntnisse mit zahlreichen Studien ist nicht belegt, dass von Windenergieanlagen verursachter Infraschall zu Gesundheitsgefahren führt; z.B. Beschluss des OVG NRW vom 30.01.2020 – 8 B 857/19. Siehe zu dem Thema auch den entsprechenden Abschnitt in der zusammenfassenden Darstellung und Bewertung der Umweltauswirkungen.

Lärmimmissionsverhältnisse

Die diesbezüglichen - eher allgemein gehaltenen Einwendungen (Stichworte: Vorbelastung, Lärmreflexionen an Gebäuden, Anwendung des sogen. Interimsverfahrens, Bodendämpfung) - wurden von der Unteren Immissionsschutzbehörde (UIB) intensiv geprüft. Die Schallimmissionsprognose war von daher insbesondere hinsichtlich der Themen Vorbelastung und Reflexionen nach dem Erörterungstermin zu überarbeiten. Über Nebenbestimmungen zum Genehmigungsbescheid, die das zulässige Lärmverhalten der WEA regeln, wird - auch i.V.m. vorgeschriebenen Nachweisführungen zur Aufnahme des Nachtbetriebs - sichergestellt, dass es durch das beantragte Vorhaben zu keinen erheblichen Belästigungen kommt. Die UIB kommt insgesamt aufgrund einer ergänzenden Sonderfallprüfung (Nr. 3.2.2 TA Lärm) auch an den Immissionsorten, an denen aufgrund der Höhe der Vorbelastung eine Gesamtbelastung von 46 dB(A) überschritten wird (IP, AQ, AR und AS), zu dem Ergebnis, dass die von der beantragten WEA verursachten Beurteilungspegel an Lärm während der Nachtzeit nicht zu beanstanden sind, da die WEA an diesen Orten keinen wahrnehmbaren und damit keinen kausalen Beitrag zur Höhe der Immissionen liefert und insofern die Genehmigungsfähigkeit des Vorhabens gegeben ist (siehe hierzu auch die Ausführungen in der als Anlage beigefügten zusammenfassenden Darstellung und Bewertung der Umweltauswirkungen).

Schattenwurf

Die Einwender aus der Nachbarschaft befürchten erhebliche Belästigungen durch Schattenwurf. Seitens der Genehmigungsbehörde kann dem Antragsteller nicht abverlangt werden, die WEA so zu errichten und zu betreiben, dass der Schattenwurf gegen Null zu minimieren ist. Insofern ist der Schattenwurf in der Summe - auch unter Berücksichtigung der Vorbelastung durch Altanlagen - auf das zulässige Maß zu begrenzen (8 Stunden pro Jahr und 30 Minuten pro Tag). Dies wird über Nebenbestimmungen zum Genehmigungsbescheid durch Installation einer Abschaltautomatik sichergestellt. Im Rahmen der Einwendungen wurde vorgetragen, dass es zu erheblichen nachteiligen Auswirkungen durch Schattenschlag auf eine benachbarte Pensionspferdehaltung i.V.m. einem Reitplatz kommt und dies zu wirtschaftlichen Nachteilen führt. Zunächst ist festzuhalten, dass bereits seit Jahren eine Vorbelastung durch den bestehenden Windpark Mestheide besteht. Die UIB hat sich mit dem Thema näher befasst und kommt aufgrund seiner Recherchen zusammenfassend zu dem Ergebnis, dass weder in der Rechtsprechung noch

aufgrund wissenschaftlicher Untersuchungen und Studien Anhaltspunkte dafür ersichtlich sind, dass hier eine Problematik im Sinne des § 5 Abs. 1 Nr. 1 BImSchG anzunehmen ist, die einer näheren Untersuchung bedürfte. Bedenken bestehen aus der Sicht der UIB nicht.

Bauordnungsrechtliche Aspekte (Brandschutz, Eiswurf)

Zu dieser Thematik ist zusammenfassend festzuhalten, dass die WEA mit Brandschutzmaßnahmen nach dem Stand der Technik ausgerüstet wird. Ferner wird sie mit einem Eisansatzdetektionssystem i.V.m. einer automatischen Anlagenabschaltung ausgestattet. Die Wohnhäuser in der Nachbarschaft liegen nicht im anzunehmenden Eiswurfgefahrenbereich, da die Abstände größer als $1,5 \times (\text{Rotordurchmesser} + \text{Nabenhöhe})$ sind. Dieser Abstand gilt im Allgemeinen in nicht besonders eisgefährdeten Regionen als ausreichend. Die Stadt Greven als zuständige Fachbehörde hat zu den o.g. Aspekten abschließend keine Bedenken vorgetragen.

Der Antrag und die Antragsunterlagen haben folgenden Behörden und Stellen vorgelegen:

- Der Landrat des Kreises Steinfurt:
 - Untere Immissionsschutzbehörde
 - Untere Abfall- und Bodenschutzbehörde
 - Untere Wasserbehörde
 - Untere Naturschutzbehörde
 - Straßenbauamt
- Stadt Greven
- Stadt Münster
- Bezirksregierung Münster:
 - Dezernat 55 (Arbeitsschutz)
 - Dezernat 26 (Luftverkehr)
- Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr, Bonn
- Landesbetrieb Wald und Holz NRW
- Bundesnetzagentur, Berlin
- Landesbetrieb Straßenbau NRW, Coesfeld
- DB Energie GmbH, Dortmund

Die als Träger öffentlicher Belange am Genehmigungsverfahren beteiligten Behörden und Stellen haben den Antrag bezüglich der Genehmigungsvoraussetzungen nach den §§ 5 und 6 des BImSchG geprüft. Auch die im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung vorgetragenen Einwendungen wurden geprüft. Die Prüfung des Antrages durch die beteiligten Behörden und den Kreis Steinfurt ergab insgesamt, dass das Vorhaben bei Beachtung der in den Abschnitten IV und V dieses Genehmigungsbescheides aufgeführten Nebenbestimmungen und Hinweisen die in § 6 des BImSchG genannten Voraussetzungen erfüllt. Das Vorhaben war daher zu genehmigen.

VII

Kostenentscheidung

Die Kosten des Genehmigungsverfahrens trägt der Antragsteller. Hierfür ergeht ein gesonderter Kostenbescheid.

IX

Rechtsmittelbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Zustellung Klage erhoben werden. Die Klage ist beim Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen, Aegidiikirchplatz 5, 48143 Münster, schriftlich oder mündlich zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle einzureichen.

Die Klage kann auch durch Übermittlung eines elektronischen Dokuments an die elektronische Poststelle des Gerichts erhoben werden. Das elektronische Dokument muss mit einer qualifizierten elektronischen Signatur der verantwortenden Person versehen sein oder von der verantwortenden Person signiert und auf einem sicheren Übermittlungsweg gemäß § 55a Absatz 4 VwGO eingereicht werden. Es muss für die Bearbeitung durch das Gericht geeignet sein. Die technischen Rahmenbedingungen für die Übermittlung und die Eignung zur Bearbeitung durch das Gericht bestimmen sich nach näherer Maßgabe der Elektronischer-Rechtsverkehr-Verordnung vom 24. November 2017 (BGBl. I S. 3803) in der jeweils geltenden Fassung.

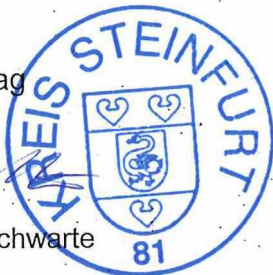

Wird die Klage durch eine Rechtsanwältin oder einen Rechtsanwalt, eine Behörde oder eine juristische Person des öffentlichen Rechts einschließlich der von ihr zur Erfüllung

ihrer öffentlichen Aufgaben gebildeten Zusammenschlüsse erhoben, muss sie nach § 55d Satz 1 VwGO als elektronisches Dokument übermittelt werden.

Dies gilt nach § 55d Satz 2 VwGO auch für andere nach der VwGO vertretungsberechtigte Personen, denen ein sicherer Übermittlungsweg nach § 55a Absatz 4 Satz 1 Nummer 2 VwGO zur Verfügung steht.

Ist eine Übermittlung als elektronisches Dokument aus technischen Gründen vorübergehend nicht möglich, bleibt auch bei diesem Personenkreis nach § 55d Satz 1 und 2 VwGO die Klageerhebung mittels Schriftform oder zu Protokoll des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle zulässig. Die vorübergehende Unmöglichkeit ist bei der Ersatzeinreichung oder unverzüglich danach glaubhaft zu machen; auf Anforderung ist ein elektronisches Dokument nachzureichen.

Im Auftrag



Marcel Schwarte

Anlagen

1. Inbetriebnahmeformular
2. Mitteilung über die Betriebsorganisation
3. Zusammenfassende Darstellung und Bewertung der Umweltauswirkungen (UVP)

